

Forderung zum Ausschluss der Gruppe „Lübeck for Palastine“

Wir schließen uns der Forderung der Gruppe „Interventionistische Linke“ zum Ausschluss der Gruppe „Lübeck for Palastine“ an.

Damit legen wir ein Veto gegen eine Nutzung der Räume des Solizentrums für Gruppentreffen, eine Nutzung der Räume für Veranstaltungen und eine Unterstützung von Seiten des Solizentrums bei Veranstaltungen der Gruppe ein.

Der Grundsatz heißt Solidarität

Seit seiner Gründung hat sich das Solizentrum konsequent für den Abbau von Hass und Vorurteilen in der Gesellschaft eingesetzt und positioniert sich klar gegen die Verbreitung von Verschwörungsideologien. Diese Grundwerte wurden von der Gruppe LFP verletzt, die über zuvor abgestimmte Linien gegangen ist. Statt die Komplexität des Israel-Palästina-Konflikts anzuerkennen, wird von LFP eine einseitige Darstellung verbreitet, die Hass schürt.

Es fehlt eine klare Abgrenzung zu antisemitischen Gruppen sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Auch der Terrorakt vom 07. Oktober wird nicht ausreichend als solcher benannt. Darüber hinaus nutzt und verbreitet LFP antisemitische Narrative und Stereotype, was den Grundwerten des Solizentrums fundamental entgegensteht.

Die Solidarität und Hilfe für die Zivilist*innen in den palästinensischen Gebieten ist notwendig und völlig berechtigt. Wer jedoch Angriffe auf Jüd*innen und deren Leben als Protestform bezeichnet, zeigt seine eigene Motivation: Antisemitismus.

Zum Aufnahmeprozess

Wir schätzen die Pluralität im Solizentrum und begrüßen auch kontroverse Diskussionen, die verschiedene Perspektiven einbringen. Es ist selbstverständlich, dass wir nicht immer mit allen Gruppen einer Meinung sind, und dass das Finden eines Konsens auch ein längerer (und anstrengender) Prozess sein kann. Entscheidend ist jedoch, dass die gemeinsamen Grundwerte des Solizentrums eingehalten werden. Diese Werte sind unverhandelbar und verdienen es konsequent verteidigt zu werden.

Vor der Aufnahme der Gruppe erfolgten lange Diskussionen und eine gemeinsame Auseinandersetzung. Dabei wurden klare Forderungen formuliert, die von der Gruppe LFP angenommen wurden. Diese waren u.a. :

- Die Anerkennung des Existenzrechts Israels
- Eine Umbenennung von „Students for Palastine“ und eine Distanzierung/Abgrenzung zu diesen Gruppen
- Die Verurteilung der Taten des 07. Oktober und der Hamas
- Eine Verurteilung sämtlichen Antisemitismus

Veto Begründungen

1. Zur Einladung von Leon Wystrychowski:

Eine, der von verschiedenen Gruppen gestellte, Bedingung für Aufnahme von LFP, ist die Anerkennung des 07. Oktobers als Terrorakt und eine klar Verurteilung der Täter. Mit der Einladung von L. wird gegen diese Bedingung klar verstoßen.

Das an jüdischen Zivilist*innen verübte Massaker ist als ein Einschnitt für jüdisches Leben zu begreifen, wie es seit der Shoah nicht mehr passiert ist. Bei der Wahl des Tages und die Brutalität der Taten drückt sich ein massiver Vernichtungsantisemitismus aus.

Die mangelnde Solidarität von LFP, die sich in fehlender Distanzierung von antisemitischen Gruppen und Personen, sowie der Einladung von L. widerspiegelt, passt nicht mit den Werten unseres Zentrums zusammen.

In seiner Verteidigung vor dem Duisburger Amtsgericht am 10. April 2024 hat Leon Wystrychowski die Taten der Hamas und anderer palästinensischer Gruppen legitimiert, nk8ifcvkbestreitet, dass es überhaupt ein Terrorangriff war und beschuldigt Israel noch selbst an diesem Tag Israelis gezielt getötet zu haben.

I. Zum 07. Oktober

Am 10. April 2024 verteidigte sich Leon Wystrychowski vor dem Duisburger Amtsgericht, indem er die Aktionen der Hamas und anderer palästinensischer Gruppen am 07. Oktober 2023 als legitimen Widerstandskampf darstellte, den Vorwurf eines Terrorangriffs zurückwies und zudem behauptete, dass Israel am selben Tag gezielt Israelis getötet habe:

1. „Am 07. Oktober fand kein Terroranschlag statt, sondern eine Militäroperation palästinensischer Widerstandsorganisationen. Erklärtes Ziel war nicht die Tötung von Zivilisten wie etwa bei 9/11. Vielmehr ging es darum, die illegale Militärblockade gegen Gaza zu durchbrechen, primär militärische Ziele anzugreifen und offenbar auch Kriegsgefangene zu nehmen.“
2. „Auch ist bekannt, dass eine unbekannte Zahl israelischer Staatsbürger von den IDF, also der israelischen Armee getötet wurde.“

Eine weitere der Bedingungen für die Aufnahme von LFP auf dem Solizentrum ist die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Der Wunsch nach der 1-Staat-Lösung schließt sich damit aus. Dies ist für das Solizentrum eine ganz klare Linie und steht nicht zur Diskussion. Die Argumente für eine 1 Staat-Lösung bedienen sich immer wieder einer Rhetorik, die an antisemitische Feindbilder und Stereotype anknüpft.

Die Existenz Israels die größte Garantie für die Sicherheit für das Leben von jüdischen Menschen. Die historische Verantwortung, die wir in Deutschland nach dem Holocaust haben darf nicht vergessen werden. Israel ist der einzige Rechtsstaat im Nahen Osten. Das bedeutet nicht, dass eine israelische Regierung frei von Fehlern ist. Aber diese kann für Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Dies ist in den benachbarten Ländern nicht so.

II. Weiteres zum 07. Oktober und 1-Staat-Lösung

In einem Interview zwischen Leon Wystrychowski und Ahmad Othman und dem WSWS bekräftigte L. seine Solidarität mit dem Terroranschlag vom 07. Oktober und gab an, dass er selbst (und die verbotene Gruppe PSDU) für eine „Ein-Staat-Lösung“ ist:

„Die PSDU hat sich vor mittlerweile über einem Jahr gegründet und war eine lokale Initiative von Einzelpersonen. Sie war wie ein Verein, aber kein eingetragener Verein mit Mitgliedern, sondern eher wie eine Bürgerinitiative, Leute die mitmachen wollten und sich aktiv eingebracht haben, konnten mitmachen. Es gab den Grundkonsens, der inhaltlich in Bezug auf Palästina selbst die

Ein-Staaten-Lösung unterstütze und Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand in allen Formen ausdrückte.“

Weiter führt L. in dem Interview aus, dass die Hamas aus Sicht der PSDU „nicht antisemitisch ist“. Außerdem wird die Hamas als Bewegung und gewählte Partei bezeichnet.

2. Zur Dämonisierung Israels und Verbreitung antisemitischer Narrative:

Bei Demonstrationen bzw. Aufrufen zu diesen, auf Social Media und in der Signal Gruppe des Solizentrums werden einseitige und gefährliche Erzählungen verbreitet, die den Konflikt im Nahen Osten verzerrt darstellt und Israel dämonisiert. Dies schürt antisemitische Vorurteile.

Wir sind gegen die rechte Regierung Israels und auch Kritik an dieser ist nicht per se antisemitisch. Diese wird aber antisemitisch, wenn diese auf Vorurteilen beruht, Israel oder Jüd*innen dämonisiert oder doppelte Standards anlegt. Die Dynamiken von Kriegen erfordert eine differenzierte Betrachtung aller beteiligten Parteien. In den Darstellungen von LFP in den verschiedenen Kanälen wird Israel immer wieder die Alleinschuld gegeben. Es erfolgt keine differenzierte Betrachtung. Die Verantwortung anderer beteiligter Akteure, wie z.B. der Hamas und anderer regionaler Konflikte werden ausgeblendet und nicht benannt. Durch dieses einseitige Narrativ wird ein Feindbild geschaffen, dass mit antisemitischen Motiven aufgeladen ist. Das pauschale Verantwortlichmachen von Israel an dem Konflikt wird zum „Kollektivschuld-Prinzip“ beigetragen. Dabei werden die israelische Bevölkerung und Jüd*innen weltweit mitverantwortlich gemacht. Dies ist im Kern antisemitisch, weil Jüd*innen aufgrund ihrer Religion oder ethnischen Zugehörigkeit für die Handlungen eines Staates verantwortlich macht.

Außerdem wird durch die Missachtung der komplexen historischen, politischen, sozialen und religiösen Faktoren die Diskussion verengt und auf ein antisemitisches Feindbild reduziert.

Oft beruht Antisemitismus auf der Idee, dass Jüd*innen für globale Probleme verantwortlich wären. Auch dieses Narrativ wird von LFP reproduziert.

Wiederholt werden emotionale Bilder und Berichte über getötete Kinder genutzt, um die Debatte zu emotionalisieren und zu polarisieren. Dies war bereits rhetorisches Mittel in vergangenen Diskussionen auf Plena, wird in der Solizentrumsgruppe fortgeführt und auf Instagram und Demonstrationen weiter verbreitet. Diese Narrative werden genutzt, um Israel als einzigen Aggressor darzustellen. Wir empfinden die Instrumentalisierung von Opfern, um Israel als Hauptschuldigen darzustellen ohne die umfassenden Zusammenhänge zu beleuchten als problematisch und bewusst polarisierend. Durch die systematische Darstellung von Israel als absichtlicher „Kindermörder“ erfolgt erneut eine Dämonisierung. Es werden historische antisemitische Narrative, wie die „Blutanklage“ (der Vorwurf Jüd*innen würden Kinder töten oder opfern) aufgegriffen und eingesetzt.

In einem Posting auf Instagram schreibt die Gruppe LFP:

„Die Wahrheit aufdecken: Wie israelische Propaganda die westlichen Medien prägt“ Auf dem Sharepic wird ein Puppenspieler dargestellt.

Die Darstellung eines Puppenspielers in Verbindung mit dem Vorwurf Israel beeinflusse westliche Medien ist ganz klar antisemitisch und nicht mehr tolerierbar:

Es wird an alte, tief verwurzelte antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien angeknüpft. Ein klassisches antisemitisches Bild ist, dass Jüd*innen oder jüdische Gruppen als

„Strippenzieher“ (daher der Puppenspieler) im Hintergrund die Ereignisse, Institutionen oder Regierungen manipulieren. Besonders verwendet wurde diese antisemitische Hetzpropaganda in den „Protokollen der Weisen von Zion“ oder in Karikaturen der NS-Zeit. Das Motiv soll suggerieren, dass Israel eine geheime und übermächtige Kontrolle über globale Strukturen ausübt. Das ist sowohl falsch als auch gefährlich. Diese Vorstellung findet sich auch in vielen weiteren Verschwörungstheorien und wurde gezielt genutzt um Hass und Misstrauen gegenüber Jüd*innen zu verstärken.

Legitime Kritik an der israelischen Regierung sollte sich auf konkrete Politik und Handlungen beziehen, ohne auf solche Stereotype zu beziehen, die Hass und Vorurteile schüren.

3. Zu Einzelpersonen der Gruppe und Äußerung im Chat der Solizentrumsgruppe:

Es ist zutiefst problematisch, wenn von Einzelpersonen im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts immer wieder behauptet wird, dass es in Gaza Konzentrationslager gebe oder Gaza als Vernichtungslager bezeichnet wird. Diese Aussagen sind nicht nur historisch inkorrekt, sondern sie bedienen sich auch einer gefährlichen Rhetorik, die die traumatischen Erfahrungen aus der Geschichte missbraucht und für politische Zwecke instrumentalisiert.

Konzentrationslager und Vernichtungslager sind Begriffe, die tief mit den Gräueltaten des Nationalsozialismus und dem Holocaust verbunden sind. Sie erinnern an die systematische Vernichtung von Millionen von Menschen, vor allem Jüd*innen, durch den NS-Staat. Gaza mit solchen Begriffen zu belegen, verwischt die historische Bedeutung dieser Begriffe und trivialisiert das unermessliche Leid, das in der Vergangenheit stattgefunden hat. Solche Vergleiche sind eine Verzerrung der Geschichte und führen zu einer Verharmlosung des Holocausts, was in der Gesellschaft und insbesondere im Kontext deutscher Geschichte äußerst problematisch ist.

Darüber hinaus tragen solche Aussagen zur Schaffung von Feindbildern bei und fördern eine Polarisierung, die in keiner Weise zur Lösung des Konflikts beiträgt. Indem Gaza als „Vernichtungslager“ bezeichnet wird, wird eine emotionale, vereinfachte und einseitige Darstellung des Konflikts vermittelt, die keine differenzierte Auseinandersetzung mit den komplexen politischen und historischen Ursachen des Konflikts ermöglicht. Diese Art der Rhetorik ist nicht nur faktisch falsch, sondern auch gefährlich, weil sie antisemitische Stereotype und Feindbilder schürt, indem sie das Bild eines „Vernichtungsstaates“ Israels erzeugt, ohne die gesamte Komplexität des Konflikts zu berücksichtigen.

Dass solche Aussagen weder Widerspruch noch eine Distanzierung von der Gruppe LFP erfahren, ist besonders bedenklich. Es zeigt eine gewisse Toleranz gegenüber einer Rhetorik, die nicht nur historisch ungenau ist, sondern auch das Potenzial hat, die gesellschaftliche Stimmung zu vergiften und zur Verbreitung von Hass und Misstrauen beizutragen. Ein Versäumnis, sich von diesen Aussagen zu distanzieren, untergräbt die Werte von Respekt und Verantwortung, die eine solidarische und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Konflikt erfordern.

In einem Umfeld, das sich für die Förderung von Verständnis, Solidarität und Aufklärung einsetzen sollte, ist es daher zwingend erforderlich, dass solche Aussagen entschieden zurückgewiesen werden. Es muss klar sein, dass die Verbreitung solcher Extremansichten nicht toleriert wird, weil sie das Ziel einer ehrlichen und respektvollen Diskussion behindern und die Werte einer pluralistischen und antirassistischen Gemeinschaft gefährden.

Fazit:

Abschließend lässt sich festhalten, dass der Ausschluss der Gruppe „Lübeck for Palestine“ (LFP) aus dem Solizentrum notwendig ist, um die Grundwerte dieses Zentrums zu bewahren und zu verteidigen. Diese Werte beinhalten den Abbau von Hass und Vorurteilen sowie eine klare Haltung gegen Antisemitismus. Die wiederholte Verbreitung einseitiger Narrative und antisemitischer Stereotype durch LFP stellt eine klare Verletzung dieser Grundsätze dar. Die Nicht-Anerkennung des Existenzrechts Israels und die Relativierung des Terrorangriffs vom 07. Oktober 2023 sind nicht nur eine Missachtung der von LFP getroffenen Vereinbarungen, sondern auch eine Gefährdung der solidarischen Gemeinschaft, die das Solizentrum ausmacht.

Die Konsequenz aus diesem Handeln muss eine unmissverständliche Ablehnung von jeglicher Form von Antisemitismus und Verschwörungsdenken sein, um sicherzustellen, dass das Solizentrum weiterhin ein Raum für respektvolle und differenzierte Diskussionen bleibt. Solidarität darf nicht dazu missbraucht werden, Feindbilder zu schaffen und Hass zu schüren. Der Ausschluss von LFP ist daher nicht nur ein Zeichen der Klarheit, sondern auch ein Bekenntnis zu einer solidarischen, auf Wertschätzung basierenden Gemeinschaft.

Weitere Kritik und Anmerkung:

Wir empfinden es als gefährlich, den Begriff „Rassismus“ inflationär zu benutzen, indem jegliche Kritik an der palästinensischen Bewegung als rassistisch bezeichnet wird. Rassismus ist ein schwerwiegendes, tief verwurzeltes gesellschaftliches Problem, das auf Diskriminierung, Vorurteilen und Ungerechtigkeiten basiert. Der Begriff verliert seine Bedeutung und Schärfe, wenn er in einem politischen Kontext verwendet wird, um jede kritische Auseinandersetzung mit der palästinensischen Bewegung oder bestimmten Aspekten dieser Bewegung zu delegitimieren. Diese Taktik der Gleichsetzung von Kritik mit Rassismus blockiert den notwendigen Diskurs und verhindert eine differenzierte Auseinandersetzung mit komplexen politischen und sozialen Fragen.

Durch diese unkritische Anwendung des Begriffs wird eine sachliche Diskussion erschwert, in der konstruktive Kritik nicht mehr möglich ist. Dies kann dazu führen, dass legitime Bedenken, auch über problematische Entwicklungen innerhalb der Bewegung, nicht gehört werden. Es ist entscheidend, dass wir den Begriff „Rassismus“ verantwortungsbewusst verwenden und nicht als politisches Werkzeug missbrauchen, um Differenzen zu unterdrücken oder unangenehme Wahrheiten zu vermeiden.

Insgesamt ist es wichtig, die Vielfalt migrantischer Perspektiven anzuerkennen und den Begriff „Rassismus“ nur in den Fällen anzuwenden, in denen er auch gerechtfertigt ist, um eine faire und respektvolle Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Wir hoffen, dass dies in den folgenden Diskussionen bedacht wird.

Solidarische Grüße

Maifest-Orga-Gruppe

November 2024